

Aktionsgemeinschaft Junge Flüchtlinge in NRW

Köln, 10.09.2021

Planungs- und Lebenssicherheit für junge Geflüchtete aus Afghanistan!

Fast stündlich ändern sich die Informationen über die Lage in Kabul und anderen Orten Afghanistans seit der Machtübernahme der Taliban. Tausende Menschen – darunter viele Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene – versuchen derzeit aus dem Land zu fliehen.

In NRW leben insgesamt über 40.000 Afghan*innen und darunter 4.000 in Duldung. Zahlreiche junge Afghan*innen müssen seit Jahren in Duldung und ohne sicheren Aufenthaltsstatus in permanenter Angst vor Abschiebung sowie in ständiger Sorge um ihre Zukunft leben. Zudem sind viele der geflüchteten Kinder und Jugendlichen in großer Sorge um Familienangehörige, die sich noch in Afghanistan aufhalten, in Nachbarländer geflohen sind oder in den Lagern an den EU-Außengrenzen unter elenden Bedingungen festsitzen.

Unter diesen Umständen ist eine gesicherte Zukunftsplanung in ihrer neuen Heimat hier in NRW kaum möglich. Der Zugang zur Regelschule, der Übergang Schule-Beruf, sowie der Zugang zum Arbeitsmarkt allgemein werden nach wie vor erschwert oder gar versperrt. Somit werden existenziell wichtige Teilhabe- und Integrationsmöglichkeiten verhindert. Besonders irritierend ist es weiterhin, wenn auf der einen Seite aus Sicht des Vorstandsvorsitzenden der Bundesagentur für Arbeit Deutschland rund 400.000 Zuwander*innen pro Jahr benötigt werden und ein Fachkräftemangel beklagt wird und auf der anderen Seite potentielle Arbeitnehmer*innen und Fachkräfte abgeschoben oder ihnen die Zugänge aufgrund rechtlicher Hürden verwehrt werden. Die Situation dieser jungen Menschen zu fokussieren ist jetzt besonders dringlich. Die aktuellen Entwicklungen in Afghanistan verschärfen die zuvor schon enormen Belastungen und Unsicherheiten, denen junge Geflüchtete aus Afghanistan in Deutschland ausgesetzt sind nachhaltig und eklatant.

Wir begrüßen, dass die NRW Landesregierung insgesamt 1800 Afghan*innen, darunter 800 Ortskräfte inkl. Familien und 1000 Frauen evakuieren und in NRW aufnehmen möchte. Für das größte Bundesland mit über 18 Mio. Einwohner*innen reicht das aber nicht aus und ist beschämend. Denn das Recht auf Asyl kennt keine Grenze nach oben.

Um eine Planungs- und Lebenssicherheit für diese jungen Menschen zu schaffen und unserer humanitären Verpflichtung nachzukommen, fordern wir unter anderem:

c/o
Ahmet Edis
Paritätisches Jugendwerk NRW
Marsilstein 4-6
50676 Köln
Tel: 0221 - 9515 42 52
Fax: 0221 - 9515 42 42
edis@paritaet-nrw.org

Die Mitgliedsorganisationen:

Arbeitsgemeinschaft der
evangelischen Jugend in NRW

Arbeitsgemeinschaft Offene Türen NRW
e.V.

Bund der Deutschen
Katholischen Jugend NRW e.V.

Deutscher Kinderschutzbund
Landesverband NRW e.V.

Diözesancaritasverbände in NRW

Jugendliche ohne Grenzen NRW (JOG)

Katholische Landesarbeitsgemeinschaft
Kinder- und Jugendschutz NRW e.V.

Landesarbeitsgemeinschaft
Jugendsozialarbeit NRW

Landesjugendring
Nordrhein-Westfalen e.V.

Landesvereinigung Kulturelle
Jugendarbeit NRW e.V.

Paritätisches Jugendwerk NRW



1. Deutschland muss sich dafür einsetzen, dass die Grenzen der Nachbarstaaten Afghanistans wieder geöffnet werden und es weiterhin Möglichkeiten zur Flucht gibt. Die Luftbrücke muss wieder geöffnet und weitere afghanische Familien evakuiert werden.

Deutschland hat eine Verantwortung gerade gegenüber jenen jungen Menschen in Afghanistan, denen es seit 20 Jahren -mithin ihr Leben lang – demokratische und freiheitliche Lebensverhältnisse versprochen hat.

2. Einen sofortigen unbefristeten, formellen und bundesweiten Abschiebestopp nach Afghanistan! Die Innenministerkonferenz muss hier endlich eine Lebensplanungssicherheit für junge Menschen aus Afghanistan bundesweit schaffen. Die Behörden müssen in diesem Zusammenhang auch berücksichtigen, dass die Beschaffung von Dokumenten aus Afghanistan unmöglich ist und Aufenthaltstitel deshalb auch ohne die Vorlage von Personaldokumenten zulassen.

3. Eine schnelle und unbürokratische Familienzusammenführung! Es muss ermöglicht werden, dass Familienangehörige, einschließlich volljähriger Geschwisterkinder, von bereits in NRW lebenden jungen Geflüchteten, möglichst zügig nachziehen können.

4. Die schnellstmögliche Zuweisung in die Kommunen und eine dezentrale Unterbringung für junge Geflüchtete mit dem Ziel, möglichst bald normale Lebensumstände zu ermöglichen

5. Die Sicherstellung, dass Kommunen und Träger der Jugendhilfe kurzfristig zusätzliche finanzielle und personelle Ressourcen zur Verfügung gestellt bekommen, um die besonderen Bedarfe im Bereich der psychosozialen Begleitung und der rechtlichen Beratung sowie die Mehrbedarfe aller weiteren Angebote in der Jugendhilfe auffangen zu können, die sich aus der derzeitigen Situation ergeben.